

Ich kann es also nicht befürworten. Wenn ich diesen Weg betrachte, so deshalb, weil nur auf ihm der nach den ersparten Unterstützungen mögliche Ausgleich denkbar ist. Nicht nur die finanzielle Unsicherheit der Arbeitslosenversicherung spricht gegen eine allgemeine Kürzung der Beiträge, auch die Tatsache, daß sie auch solchen Betrieben zugute käme, die keine Mehrereinstellungen vornähmen. Aber diese gerade zu bewirken wäre ja der Zweck der Verkürzung der Arbeitszeit. Wohl ließe es sich vertreten Betriebe, die durch eine ihr nun entsprechende Mehrereinstellung eine Entlastung der Arbeitslosenversicherung bewirken, in diesem Ausmaß weniger zu deren Kosten heranzuziehen. Dann würde ein Ausfall für die Reichsanstalt nur im Ausmaß ihrer Entlastung eintreten und für sie ohne Schaden sein. Die diesen Betrieben und ihren Arbeitern zuteil werdende Entlastung könnte dann durch niedrigere Arbeitslosenbeiträge erfolgen. Das wäre verwaltungstechnisch leicht durchführbar. Der Arbeitgeber hat schon heute der zuständigen Krankenkasse monatlich Nachweis der Beschäftigten nach Person und Verdienst zu erbringen, die Krankenkasse könnte also eine Mehrbeschäftigung gegenüber dem Stichtag leicht feststellen. Die der Krankenkasse erwachsende Mehrarbeit wäre nicht erheblich, jedenfalls gering gegenüber jedem andern Verfahren. Freilich stiege durch eine solche Regelung der Reallohn des Arbeiters nur zur Hälfte des eben errechneten Satzes, aber da der mögliche Lohnausgleich doch nur Bruchteile eines Prozents beträgt, müßte das in Kauf genommen werden. Es wäre auch falsch den Betrieben nicht einen, wenn auch geringen Ansporn für die Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern zu geben.

Nun ist es denkbar, daß ein Betrieb, der bereits zur Mehrbeschäftigung kam, wieder zu Entlassungen von Arbeitnehmern schreiten müßte, und dann die Voraussetzungen zur Beitragsermäßigung wieder fortfielen. Das wäre gewiß sehr unangenehm, doch sehe ich keine Möglichkeit dem vorzubeugen. Eine nur ganz vorübergehende Mehrbeschäftigung soll ja auch noch kein Anrecht auf Beitragsermäßigung geben. Daß nicht nach dem Sinken der Zahl der Beschäftigten unter eine der 3 für die Ermäßigung in Betracht kommenden Beschäftigungszahlen noch die Beitragssenkung in Anspruch genommen wird, könnte durch eine unter Strafe zu stellende Verpflichtung des Arbeitgebers zur Anmeldung zu verhindern versucht werden.

Das Ergebnis ist also: Ein Lohnausgleich durch Inanspruchnahme ersparter Arbeitslosenunterstützungen für verkürzt ohne Lohnausgleich Arbeitende ist finanziell von ganz geringer Bedeutung. Er ist nur durch Beitragssenkung für die zur Mehrbeschäftigung übergehenden Betriebe zu verwirklichen.

NIKO IMNAISCHWILI · IN UND UM GEORGIEN

IN diesem Februar vollenden sich 10 Jahre seit der Eroberung Georgiens durch die Truppen des bolschewistischen Rußlands. Den 25. Februar, den Tag der Einnahme von Tiflis, feiert Moskau als den Tag seines Sieges über die kleine Republik. Den selben Tag begeht das für seine Freiheit kämpfende Georgien mit Trauerfeiern. Aus diesem Anlaß soll im folgenden, nachdem an dieser Stelle die Grundtatsachen der Georgischen Frage bereits einmal ausführlich dargelegt worden sind¹⁾, über das gegenwärtige Stadium des georgischen

1) Siehe *Imnaischwili* Die Georgische Frage, in den Sozialistischen Monatsheften 1929 II Seite 592 und folgende.

Freiheitskampfes, über die jüngsten Ereignisse in und um Georgien berichtet werden. Die Tatsache, daß das kleine georgische Volk sich nicht mit bolschewistischer Gewaltherrschaft aussöhnt und den schweren Kampf um die Freiheit unentwegt fortsetzt, ist beinahe weltbekannt geworden. Terrorakte der Tscheka, schwere Blutausbrüche im unterdrückten Land, die von Tausenden georgischer Freiheitskämpfer überfüllten Gefängnisse und Konzentrationslager Georgiens und Rußlands, Sibiriens und der Solowjetzkijinseln, die ständige sprunghafte Steigerung der Zahl der georgischen Flüchtlinge und Emigranten mit allen mit ihr verbundenen Drangsalen und Verzweiflungsakten (so der Selbstmord Nikolos Tschcheidses im Juni 1926, die Tschewzenfälschungsaffäre der georgischen und deutschen Rechtsradikalen, der Meuchelmord an Noe Ramischwili im Dezember 1930 usw.), zahlreiche politische und diplomatische Konflikte, Unstimmigkeiten zwischen der sogenannten Sowjetregierung und Frankreich wegen der Aufrechterhaltung der georgischen Gesandtschaft in Paris, der Konflikt mit Polen wegen der Unterstützung der georgischen Unabhängigkeitsfeier in Warschau 1929 und anderes, die fast ständige Beschäftigung der Sozialistischen Internationale, der Internationalen Liga für Menschenrechte usw. mit der georgischen Tragödie: all das legt Zeugnis dafür ab, wie akut die Georgische Frage ist.

Die ungeheuren Opfer, die der allgemeine Aufstand vom August-September 1924 gekostet hat, mußten die Führer der georgischen Freiheitsbewegung in ihrer weitem Taktik zu größerer Schonung der Kräfte mahnen. In der Tat sind ihre Bemühungen darauf gerichtet das Volk von unbesonnenen und aussichtslosen Ausbrüchen abzuhalten. Trotzdem führen das entsetzensvolle Terrorregiment und die endlosen bolschewistischen Provokationen nebst der unerträglichen wirtschaftlichen Not zu spontanen Teilaufständen in verschiedenen Teilen des Landes, die wohl aus verschiedenen Anlässen ausbrechen, aber stets nationale Färbung gewinnen.

So brach in Adscharien, dem mohammedanischen Gebiet Georgiens um die Stadt Batum herum, im Frühjahr 1929 ein allgemeiner Aufstand aus. Die unmittelbaren Ursachen waren die religiösen Verfolgungen, die erdrückende Steuerlast und die Taten der Träger der bolschewistischen "Musterverwaltung". Die georgischen Abteilungen der Roten Armee, die gegen die Aufständischen losgelassen wurden, weigerten sich auf diese zu schießen und bezeugten damit ihre Solidarität und nationale Zusammengehörigkeit mit den mohammedanischen Landsleuten. Die Bolschewisten mußten die russischen Truppenteile in Bewegung setzen, um den Aufstand zu ersticken. Mehrere hundert Adscharen und ebenso viele Rotarmisten sind gefallen. Weitere Hunderte der Einheimischen flüchteten nach der benachbarten Türkei. Immerhin sah sich die bolschewistische Regierung gezwungen die antireligiösen Exzesse wenigstens zeitweise zu mildern und viele verbrecherische Beamte als "rechte Abweichler" zu erklären und abzusetzen. Auch die unheilvolle Politik der sogenannten Zwangskollektivisierungen hat bei den besonderen Bedingungen Georgiens und des übrigen Transkaukasiens scharfen Widerstand hervorgerufen, der im Frühling 1930 in blutige Bauernaufstände ausmündete. Einen sehr ernsten Charakter trugen sie in Aserbeidschan und Armenien, wo mehrere Tausend Menschen gefallen sind, aber auch in Georgien, wo zahlreiche blutige Zusammenstöße stattfanden. Das besonders kennzeichnende Merkmal dieser Aufstände bestand darin, daß die

Aufständischen verschiedener kaukasischer Nationalitäten, unter denen durch die traditionelle Politik der russischen Gewalthaber ein starker Antagonismus gezüchtet worden war, jetzt Hand in Hand gegen die selben Gewalthaber kämpften. Der Vorsitzende der transkaukasischen bolschewistischen Regierung Schalwa Eliawa beklagte diesen Umstand in seinem bolschewistischen Jargon folgendermaßen: »Ein Mullah [türkischer Pfarrer] hat die armenischen Banditen und ein armenischer Pfarrer die türkischen [aserbeidschanischen] Banditen geführt.« Das andere kennzeichnende Merkmal dieser Aufstände, besonders für Georgien, bestand darin, daß, nachdem das Land von den politisch aktiveren männlichen Elementen beinahe entleert ist (Massenerschießungen, Deportation, Einkerkung, Flucht usw.), die Frauen eine immer aktivere Rolle spielten. So berichtete der damalige Sekretär der Kommunistischen Partei Georgiens Lewan Ghoghoberidse auf dem Parteikongreß in Tiflis: »Die Bauernfrauen haben fast überall die antikollektivistischen und manchmal auch antisowjetistischen Erhebungen äußerlich geführt. Den Aufstand in Kachetien leitete eine Frau, die noch dazu auf dem Schimmel saß, der wahrscheinlich ein Symbol des Weißen Georgs [das alte Heiligtum und das nationale Wappen Georgiens] war.« Gewiß wurden diese Aufstände durch die erdrückende Übermacht der russischen Truppen unterdrückt. Aber bestimmte Reste der Aufständischentrupps setzen ihre Existenz und ihre Kämpfe in den Höhen des Kaukasus fast ununterbrochen fort².

Die Führung des Freiheitskampfes liegt im Land selbst in den Händen der politischen Parteien, die dort trotz allem Terror ihre illegalen Organisationen aufrechterhalten. Die kraftvollste dieser Parteien bleibt weiterhin die Sozialdemokratie, die heute noch die Mehrheit des georgischen Volks hinter sich hat; weshalb die Bolschewisten jede Volksabstimmung konsequent ablehnen. Ihre eigentliche offizielle Führung befindet sich bekanntlich im Ausland. Das ist die im Exil in Paris lebende nationale Regierung Georgiens, unter der Leitung Noe Dschordanias. Diese Regierung war in Georgien rein sozialdemokratisch. Im Exil wird sie von allen Parteien unterstützt, die in der Georgischen Nationalversammlung vertreten waren, weshalb sie jetzt auch durch einen Vertreter des demokratischen Flügels der Nationaldemokratischen Partei ergänzt ist. Die Auslandsvertretungen aller dieser sozialistisch-demokratischen Parteien geben gemeinsam die Monatsschrift Das Unabhängige Georgien heraus, während jede für sich ihr Parteiblatt hat. Alle diese Blätter werden in Georgien geheim verbreitet.

Die georgische nationale Regierung wurde einst von den gesamten europäischen Mächten de jure anerkannt, wird es heute nur noch von Frankreich. Trotz den reichlichen Versprechungen und den raffinierten Bestechungsversuchen der bolschewistischen Diplomatie betrachtet die französische Demokratie die brutale Gewalttat der Moskauer Tyrannen gegen die kleine Volksrepublik bis heute noch nicht als rechtsgültig. Noch entschiedener stehen naturgemäß die georgischen politischen Parteien hinter ihrer Regierung im Exil. Namentlich jeder (illegale) Parteitag der georgischen Sozialdemokratie erneuert das Vertrauensvotum für sie.

Nur unter den völlig einflußlosen georgischen Rechtsradikalen finden sich hie und da einige Personen, die sich zur Führung einer "selbständigen"

2) Siehe dazu auch von Müller Pulverfaß Transkaukasien, in der Vossischen Zeitung vom 22. Oktober 1930.

nationalen Politik für berufen halten und die nationale Disziplin gegenüber der sozialdemokratisch geleiteten nationalen Regierung nicht gern anerkennen wollen. Einige politische Parvenus dieser Art hat die deutsche Öffentlichkeit im vergangenen Jahr im Tschernowzenfälschungsprozeß kennen gelernt, in dem 2 georgische und mehrere deutsche Rechtsradikale vor einem Berliner Gericht standen. Die probolschewistische "große Presse" hat aus diesem Prozeß eine welterschütternde Sensation gemacht. Sie sah schon die "weltpolitischen Komplotte" gegen "Sowjetrußland" aufmarschieren und war eifrig dabei die ganze georgische Freiheitsbewegung zu verdammen. Indessen dürften für jeden gewissenhaften Beobachter, der sich in georgisch-russischen Verhältnissen einigermaßen orientieren kann, folgende, auch gerichtsnotorisch feststehende Tatsachen klar sein:

1. Die in die Affäre verwickelten Georgier: einer der ehemaligen rechtesten nationaldemokratischen Abgeordneten (insgesamt besaßen die Nationaldemokraten 9 Sitze in der Nationalversammlung, während die übrigen 121 Sitze den Parteien des demokratischen Sozialismus gehörten) Schalwa Karumidse und sein junger Helfershelfer Wassil Sadathiaschwili sowie auch ihre politischen Gesinnungsgenossen haben mit der wirklichen und verantwortlichen Führung der georgischen Freiheitsbewegung nicht das geringste zu tun, stehen zu ihr vielmehr seit Jahren im schärfsten Gegensatz. Diese Führung (unter Dschordania) hat die Handlungen der Angeklagten einmütig mit aller Entschiedenheit verurteilt. Selbst die rechte nationaldemokratische Emigrantengruppe, die sich in Paris um die Zeitschrift Samschoblo schart, will schon seit dem Jahr 1924 nichts mit ihnen gemein gehabt haben.

2. Den Angeklagten ist es nicht gelungen irgendeine Unterstützung seitens der politischen oder wirtschaftlichen Kreise der Großmächte (auch seitens des vielgenannten Ölmagnaten Henry Deterding nicht) zu erlangen. Deshalb trat auch der ursprüngliche Interventionsgedanke, den insbesondere der General Max Hoffmann vertreten zu haben scheint, in den Hintergrund. Deshalb wandten sich die Angeklagten eben zur Fälschung. Die einzigen auswärtigen "Verbündeten" der georgischen Angeklagten waren einige deutsche Rechtsradikale, die auch auf der Anklagebank reichlich vertreten waren, und die jedenfalls sicher viel mehr an die Stärkung rechtsradikaler Bewegungen in Deutschland als an Georgien gedacht hatten.

Trotz der ungeheuerlichen Tragödie, in der es steht, lehnt das georgische Volk in seiner übergroßen Mehrheit verwerfliche Kampfmethoden entschieden ab. Treu seinen ritterlichen Überlieferungen und seinen demokratisch-sozialistischen Idealen kämpft es für seine gerechte Sache nur mit lauterem Mitteln und gemäß den demokratischen Grundsätzen des modernen Völkerrechts. An diesem Tatbestand kann kein Lügengewebe der Bolschewisten und ihrer verschiedenartigen Helfershelfer rütteln.

Wie sehr den Bolschewisten die Georgische Frage an der Kehle sitzt, sieht man auch aus der Tatsache, daß sie ihre größten "Kanonen" womöglich gegen die georgische Freiheitsbewegung loslassen möchten. Der Dichter Henri Barbusse (dessen während des Kriegs geschriebenes Buch *Le feu*, das erste Kriegsbuch überhaupt, eine weltgeschichtliche Tat war, die ihm nie vergessen werden darf), der nach dem Krieg von den Bolschewisten eingefangen wurde und nun in ihrem Dienst arbeitet, verfaßte zur Verherrlichung ihrer Herrschaft in Georgien ein Buch, unter dem Titel *Voici c'est ce qu'on a*

fait de la Géorgie. Der georgische Sozialist Dawith Scharaschidse antwortete ihm in einem Buch Henri Barbusse, les sovjets et la Géorgie, dem Karl Kautsky ein ausführliches Vorwort vorausschickte. Scharaschidse weist an der Hand umfangreicher Materialien aus den bolschewistischen Quellen selbst die trostlose Unwissenheit des Dichters nach. Barbusse hat darauf nicht reagiert. Er scheint auch die unglückseligen Väter des deutschen "Kommunismus", Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Franz Mehring, nicht sehr zu achten (wenn er sie überhaupt kennt). Im Namen dieser 3 und der ganzen damaligen Gruppe Internationale sprach Mehring noch in einem Brief vom 29. April 1917 (über die Stockholmer Konferenz), der in den Spartacusbriefen abgedruckt ist, dem georgischen Sozialdemokraten Tschcheidse, der zu jener Zeit an der Spitze der Russischen Revolution stand, seine grenzenlose Bewunderung und vollkommene Solidarität aus, ob seiner und seiner Genossen heldenmütiger revolutionärer und antimilitaristischer Tätigkeit während des Kriegs und vor dem Krieg. Barbusse aber behauptet ganz unbefangen, dieser Tschcheidse wie alle seine russischen und georgischen Genossen seien schon während des Kriegs wie vor diesem und auch während der Revolution ausgesprochene Reaktionäre und Kriegshetzer gewesen. Die Frage, was in solchem Fall Mehring, Luxemburg und Liebknecht gewesen sein müßten, scheint ihn nicht zu tangieren. Schon weil er aller Wahrscheinlichkeit nach die Spartacusbriefe nicht kennt. Indem wir die beiden genannten Bücher: das von Barbusse wie auch das von Scharaschidse, dem Leser zum Studium und Urteil empfehlen, möchten wir hier bloß die Worte anführen, die ein anderer proletarischer Dichter, Panait Istrati, Barbusse wegen seines Buchs über Georgien ins Gesicht schleudern mußte: »Arme Welt, arme Kunst, armes Menschengewissen, wie armselig und verächtlich seid ihr! Ein kleiner Knochen für den Bauch, ein Körnchen Eitelkeit für euer ausgetrocknetes Herz genügt, um euch übergücklich zu machen, euch einzuschläfern, blind und taub zu machen, euch all das ungeheure Leid vergessen zu lassen, das die Tyrannen auf der Erde anrichten, denen ihr Knechtesdienste leistet.«³ Die "Kanonen" des europäischen "Kommunismus", die die georgische Freiheitsbewegung moralisch erledigen wollen, erledigen bloß ihren eigenen Namen. Es ist sicher kein Zufall, daß die Empörung des gewissenhaften und wahrhaft revolutionären Dichters (der leider bis heute noch nicht von bolschewistischen Vorstellungen frei ist) gegen das bolschewistische Regime ihren Höhepunkt gerade in Georgien erreichte, wo auch der bolschewistische Terror seine Höhe hat. Gerade hier konnte er das bolschewistische Gewaltregiment, »die schlimmste aller Schreckensherrschaften«, in seiner ganzen Nacktheit und allseitig studieren.

Die Kämpfe in Georgien dauern fort. 10 Jahre russisch-bolschewistischer Herrschaft haben dem georgischen Volk nur ungeheure Blutbäder und Elend, immer schroffer werdende nationale und politische Versklavung gebracht. Ungefähr 7000 Menschen sind in dieser Zeitspanne hingerichtet worden, und zwar meistens die ausgewählten führenden Elemente des kleinen (zirka 2,7 Millionen zählenden) Volks. 7000 siechen in Gefängnissen, Tschekakellern und Konzentrationslagern des weiten Rußlands dahin. Weitere Tausende sind im Exil und in der Emigration, noch andere in die Illegalität gedrängt. Immer noch gehen in den Folterkammern der Tscheka alte und junge georgische Freiheitskämpfer zugrunde, immer wieder kommen dort Fälle von

³ Siehe Istrati Auf falscher Bahn /München 1930/ Seite 168.

Geisteserkrankungen und Selbstmorden vor. Aber kein Terror, keine Gewalttaten, keine 10 Jahre lange monopolisierte bolschewistische Propaganda, kein noch so toller Lügen- und Verleumdungsfeldzug haben den Freiheitswillen des georgischen Volks zu brechen, seine Treue gegenüber seinen demokratisch-sozialistischen Idealen zu erschüttern vermocht. Bis heute noch ist es den Bolschewisten nicht gelungen einen irgendwie erheblichen Teil des georgischen Volks an sich zu ziehen. Noch auf der vorletzten Plenarsitzung des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der Kommunistischen Partei Georgiens, Ende September 1930, mußte der oben zitierte Parteiführer Ghoghoberidse erklären: »Ich behaupte, daß wir in keinem einzigen Dorf, in keinem einzigen Rayon eine irgendwie ansehnliche organisierte Gruppe der armen Bauern besitzen.« Zugleich drückte er die Meinung zahlreicher auf dem Land arbeitender Bolschewisten in folgenden Worten aus: »In Georgien sind nicht allein die "Kulaki" [die in Georgien recht landarm sind], sondern auch die armen Bauern menschewistisch verseucht. Und wenn wir nun die Gruppen von armen Bauern organisieren, so organisieren wir eigentlich die Menschewisten.« Man sieht: Der massakrierte und tausendmal für begraben erklärte georgische Menschewismus lebt im georgischen Volk nebst seiner Freiheitsidee immer noch viel kraftvoller als der mittels der fremden Bajonette herrschende Bolschewismus. Die bolschewistische Presse beklagt sich über die immer gewaltiger aufsteigenden »chauvinistischen Wellen«, die selbst in die Reihen der Kommunistischen Partei eindringen. Auch der letzte Moskauer Parteitag und sein Herrgott Stalin-Dschugaschwili, dieser entartete Georgier, den Lenin selbst in einem Brief an das Zentralkomitee als den »schlimmsten russischen Chauvinisten« und den »imperialistischen Polizeimann« bezeichnet hatte, konstatierten das allgemeine Ansteigen sowohl des großrussischen wie auch des lokalen Nationalismus. Diese Klagen wiederholen sich fortwährend. Trotz dem erstickenden Terrorregime vermögen die Völker der sogenannten Sowjetunion die von ihnen errungene formale Kulturautonomie auszunutzen; trotz allem entwickeln sie ihre nationalen Kulturen und führen immer erbitterter werdende nationale Kämpfe. Insbesondere gilt dies zunächst für Georgien und das übrige Transkaukasien. Die Befriedung dieses naturreichen Gebiets, die Befreiung seiner Völker, wird auch seine wirtschaftliche Erschließung zum ersprießlichen Nutzen dieser Völker selbst wie der gesamten europäischen Wirtschaft erheblich fördern.

Schließlich verdient das Schicksal Georgiens, besonders in der gegenwärtigen Zeitperiode, insofern die Aufmerksamkeit der europäischen Öffentlichkeit, als es eine Mahnung und eine ernste Lehre für sie ist. An dem Einzelbeispiel der georgischen Tragödie entlarvt sich der ganze Bolschewismus, sein reaktionäres Wesen am klarsten: weil hier der Bolschewismus mit der vorwärtstreibenden Kraft des Zeitalters, mit dem Sozialismus insbesondere, zusammengestoßen ist, dessen systematische politische und physische Ausrottung er mit barbarischster Rücksichtslosigkeit betreibt; weil er alle Fortschritte des sozialdemokratischen Staatswesens zunichte gemacht und es aus blühender Entwicklung in dunkle Vergangenheit zurückgestürzt hat. Die Aufklärung der breiteren Volksschichten über das Martyrium des kleinen Georgiens dürfte vielleicht die falschen Vorstellungen vom Bolschewismus zerstreuen, die Deutschland überfluten.

